



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schafft,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
verehrte Mitbürger,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

Vorab Herr Seifert, Ihnen und Ihrem Team vielen Dank für die Einbringung des Haushaltsplanes 2019, was gleichzeitig mit einer Bitte verbunden ist, den Haushaltsplan 2020 noch im Dezember 2019 einzubringen, damit rechtzeitig entsprechende Zuschüsse abgerufen werden können.

Der Haushalt, der wie von Ihnen, Herr Seifert, beschrieben, ist eine Prognoserechnung die eine Planungsfunktion beinhaltet und soll als Grundlage für eine geregelte Haushaltswirtschaft 2019 dienen aber auch auf die mittelfristige Finanzplanung samt deren Aufgaben und Kosten eingehen.

Die Prognoserechnungen der WiR und vermutlich auch die der Mehrheit des Gemeinderates sehen, dass die Prognoserechnung unrealistisch ist. Vor allem fällt auf, dass die Ausgaben der mittelfristigen Planung vom letzten Jahr auf den Kopf gestellt wurden. Beträge wurden ausgetauscht oder

[Text eingeben]

weggelassen. Also- von Kontinuität oder Verlässlichkeit ist keine Spur erkennbar. Auch mit Haushaltskonsolidierung, wie von Ihnen Herr Schafft im Wahlkampf beworben, hat dies nichts zu tun.

Der Haushalt für 2019 sowie die mittelfristige Haushaltsplanung weisen aus unserer Sicht erhebliche Defizite auf.

Z.B. werden Rücklagen für das Jahr 2023 prognostiziert, die aus unserer Sicht nicht erreichbar sind.

Teure und vor allem personalintensive Planungen für Investitionen, die in den vergangenen Jahren durchgeführt wurden, werden nun nicht umgesetzt. . Damit verbundene Personalressourcen wurden einfach verschwendet.

Zum Beispiel der geplante Kinderspielplatz in der Grüninger Siedlung oder das über Jahre entwickelte Parkleitsystem oder der Neubau des Bauhofes, der nun jetzt erst 2023 angegangen werden soll.

Dies alles passierte im Hintergrund während mögliche Erträge prompt und zuweilen völlig unrealistisch eingearbeitet wurden.

Dazu gehören Grundstückserlöse oder eine 10%ige Erhöhung der Gewerbesteuerannahme.

Mit höheren Steuereinnahmen zu kalkulieren ist vermessen. Der ifo Index (Geschäftsklimaindex) vom Januar 2019 ist deutlich schwächer ausgefallen als erwartet. Die Geschäftserwartungen sind ebenfalls schwächer. Zur Einschätzung der aktuellen Lage stellt das Ifo Institut pessimistisch am 25. Januar 2018 fest:

- Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abschwung
- in deutschen Chef-Etagen wächst die Unruhe
- Index vor allem im verarbeitenden Gewerbe gesunken
- im Bausektor erstmals seit langer Zeit Dämpfer

Der Index der Wirtschaftsforscher des Ifo-Instituts fällt auf den tiefsten Stand seit fast drei Jahren.

(<https://finanzmarktwelt.de/aktuell-ifo-index-schwaecher-geschaeftserwartungen-fallen-deutlich-114984/>)

(<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Sind-in-einem-Abschwung-article20827846.html>)

In dieser Situation kalkuliert die Verwaltung steigende Einnahmen bei der Gewerbesteuer.

Nach § 43 muss der Bürgermeister Beschlüssen des Gemeinderats widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie gesetzeswidrig sind oder wenn er der Auffassung ist,

dass sie für die Gemeinde nachteilig sind. Dies haben Sie Herr Schafft schon mehrfach getan.

Herr Schafft, wie nennt man das, wenn man den Wählern eine Haushaltskonsolidierung verspricht und diese umgehend bei Facebook selbst belobigt, tatsächlich jedoch verschweigt, dass kaum mehr investiert wird

Das dürfen sie auch gerne den Eltern bei Facebook schreiben, die mit ihren Kindern an runtergekommenen Spielplätzen verweilen dürfen. Dafür reicht das Geld in Ihrer Haushaltsplanung wohl nicht mehr.

Wahrscheinlich überrascht Sie das geschlossene Auftreten des Gemeinderats gegenüber ihrer Politik auch in Riedlingen nicht. Denn die Situation gleicht Hofbieber.

<https://www.fr.de/rhein-main/spd-org26325/buergermeister-stolpert-ueber-grundstueckskauf-11316784.amp.html>

-----

Da ein Bürgerentscheid keine aufschiebende Wirkung, hat fordern wir Sie auf, Ihr Versprechen gegenüber den Bürgern einzulösen und die umworbene stadthallenfreie Zeit von 2 Jahren einzuhalten und nicht nur die möglichen Erlöse nach dem Angebot der Krause-Gruppe von 2 Mio. Euro einzuarbeiten,

[Text eingeben]

sondern auch die Stadthallenkosten von 6,5 Mio. Euro verteilt in 2022 und 2023 einzustellen. Alles andere ist Wählerbetrug.

Interessant wird es auch bei dem Thema Zuschüsse die Sie, den Wählern im Rahmen des Bürgerbegehrens versprochen haben. Nicht nur der Gemeinderat muss liefern auch Sie, Herr Schafft, denn Sie haben die Ziele des Bürgerbegehrens unterstützt – sogar in Form einer Spende.

Es gilt nun zu liefern!

Ich bin gespannt.

Im vorgelegten Haushalt ist von Zuschüssen plötzlich nicht mehr die Rede..... Ein Schelm wer Böses dabei denkt.

Ein besonderes Anliegen unserer politischen Arbeit, der WiR Fraktion und auch des Gesamtgemeinderates ist die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung. Hier werden große Investitionen auf uns zukommen.

Wir möchten uns hier dem gut begründeten Brandbrief der Bürgerinitiative anschließen und fordern Sie auf, die Mittel für die Umsetzung des Projektes für 2020 und 2021 einzustellen. Dies ist dringend geboten im Hinblick auf die Erwartungshaltung des Landkreises und der Projektpartner. Hier nichts zu berücksichtigen ist ein fatales Signal an die Ärzte, die an eine zeitnahe Umsetzung glauben sowie an Sana, die den Erhalt von stationären Betten an das zeitnahe Entstehen des Gesundheitszentrum gekoppelt haben.

Neben dem Bebauungsplan wird die Stadt sich ähnlich wie in Laupheim auf mehreren Ebenen finanziell beteiligen müssen. In Laupheim wurde die Finanzierung durch die Stadt wie folgt geregelt: Die Stadt beteiligt sich mit insgesamt 1,5 Mio. Euro an dem „Zentrum für Älterenmedizin GmbH“, aufgefächert in 10 000 Euro Stammkapital, eine Kapitalrücklage von Euro 140.000 und einem Investitionszuschuss in Höhe von 1,35 Mio.

Siehe

[http://www.schwaebische.de/landkreis-biberach/laupheim\\_artikel-investiert-15-millionen-euro-ins-gesundheitszentrum\\_arid,10786526.html](http://www.schwaebische.de/landkreis-biberach/laupheim_artikel-investiert-15-millionen-euro-ins-gesundheitszentrum_arid,10786526.html)

Neben den Planungskosten für den Bebauungsplan sowie Ärztehaus und Bettenhaus halten wir es für unabdingbar in ähnlicher Höhe Mittel einzustellen.

Denkbar wäre analog zu Laupheim:

10 000 Euro Anteil am Stammkapital

140 .000 Euro als Kapitalrücklage (um eine frühzeitige Überschuldung zu vermeiden)

1.350 Mio. Euro als Zuschuss für den Bau.

Und im Jahr 2020 Euro 675 000 sowie 2021 Euro 675 000.

Das Gesundheitszentrum ist wahrscheinlich das wichtigste Projekt für Riedlingen in der kommenden Zeit.

Falsche Signale an die Projektpartner könnten das Gelingen des Projektes gefährden.

Desweiteren müssen dringend Erschließungskosten für ein neues Baugebiet in Riedlingen eingearbeitet werden. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei der Schwäbischen Zeitung bedanken, die uns Gemeinderäte darauf aufmerksam gemacht hat, dass so gut wie keine Bauplätze mehr in Riedlingen vorhanden sind.

Das im voraus eilendem Gehorsam erworbene Grundstück in der Eichenau für Ihre Planungen für Flüchtlingswohnheime muss schnellstens vermarktet werden.

Die Stellenerhöhungen, die es in dieser Form in den letzten 20 Jahren in Riedlingen nicht ansatzweise gegeben hat, sind stark zu hinterfragen. Wir wissen, dass ein Großteil für Personal im Kindergarten eingesetzt wird. Dennoch sehen wir die Kostenexplosion von über 20% sehr kritisch.

In 2016 waren 6,3 Mio. Euro eingestellt. 3 Jahre später in 2019 sollen es dann 8,3 Mio. Euro werden. Dies auf neue Rahmenbedingungen oder Gesetzesvorlagen zu schieben ist unserer Ansicht nach zu einfach.

Vor allem das angedachte Facility-Management zeigt jetzt schon auf, dass in den Teilorten die Personalkosten explosionsartig ansteigen werden.

Herr Simon, natürlich hat die GPA-Prüfung ein Organisationsgutachten nicht nur gefordert sondern auch Stellenbewertungen durchgeführt, die den Personalkörper in Folge erhöht haben.

Doch bevor an eine Erhöhung des Personalkörpers gedacht wird, muss doch gründlich überlegt werden, ob die vorhandene Personalstruktur so genutzt werden kann, dass durch interne Verschiebungen Kosten eingespart werden können.

Diese Art der Personalpolitik belastet unseren städtischen Haushalt über Gebühr – damit sind wir nicht einverstanden - zumal viele Vorgänge mittlerweile schon von Drittanbietern abgearbeitet werden, wie z.B. die Erarbeitung von Bebauungsplänen. Wie wir jüngst erfahren haben, kann man dies im Haus nicht mehr selber leisten – da zu viele Fachplanungen damit verbunden sind.

Herr Schafft, das war schon immer so! Jetzt Fremdleistungen einzukaufen, ohne dass der Gemeinderat in Kenntnis gesetzt wird, ist nicht hinnehmbar. Ein Mittelzentrum kann seine eigenen Bebauungspläne nicht mehr selber erarbeiten. Das ist schon eine Nummer.

Herr Simon, die WiR hat dem Facility-Management zugestimmt – jedoch betont, dass vor der Einführung aufgezeigt werden soll, ob man auf Gebäude verzichten kann oder durch Auslastung von Gebäudenutzungskonzepten Stellen eingespart werden könnten. Letzteres ist nicht erfolgt.



Allen kritischen Äußerungen von seiten der GPA und des Landratsamtes zum Trotz verhält sich die Verwaltung entgegen aller Vernunft. Zuschüsse werden nicht abgefragt. Der Feuerwehrbedarfsplan nicht auf unsere Finanzen abgestimmt. Personalintensive und zeitraubende Verhandlungen mit Investoren geführt. Normalerweise stellt man einen Bebauungsplan auf, dann führt man Gespräche mit möglichen Investoren und nicht umgekehrt.

-----

Ja, es hängt von dir selbst ab, ob du das neue Jahr als Bremse oder als Motor benutzen willst. (Henry Ford)

Ich denke die Mehrheit des Gemeinderates hat resigniert. 10 Gemeinderäte sind in den letzten 4 Jahren ausgestiegen. Hermann Hennes ist leider verstorben. Er hat seinen Auftrag als Ortsvorsteher und Fraktionschef der Freien Wähler mit viel Engagement und zuletzt mit sehr viel Würde ausgefüllt.

Herr Schafft, was Sie in 9 Jahren Hofbieber erreicht haben – ist Ihnen in weit aus kürzer Zeit in Riedlingen gelungen.

Eine desaströse Bilanz ist zu ziehen:

Die Gemeinderäte werden über Medien informiert. Informiert wird gar nicht oder viel zu spät –oder erst nach Aufforderung. Unter Umständen werden zusammenhanglose Mails weitergeleitet.

Nicht immer werden alle Fraktionen mit Informationen versorgt. Je nach Beliebigkeit werden Fraktionen ausgeschlossen, Protokolle frisiert und die freie Meinungsäußerung stark eingeschränkt. Wie jüngst geschehen, durften die Fraktionen nur nach einer Zensur ihrerseits Texte fürs Mitteilungsblatt einstellen.

„Herr Schafft, das ist gegenüber den Bürgern und dem Gemeinderat nicht hinnehmbar. Geradezu respektlos und hat mit unserem Demokratieverständnis nichts mehr zu tun.“

Informationsdefizite haben die Zusammenarbeit unfassbar schwer gemacht. Der tiefe Graben, den Ulrich Bossler, von den Freien Wählern, und auch Jörg Bossler von der CDU in den letzten Jahren beschrieben hat ist breit – sehr breit. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit fast unmöglich.

Gemeinderat und Verwaltung müssen sich als Team verstehen.

Der Gemeinderat hat dies verstanden und hat die letzten Jahre sehr erfolgreich zusammen gearbeitet. CDU, Freie Wähler, WiR, „Mut tut gut“, Grüne und die SPD haben sich vor jeder Sitzung verständigt und gemeinsame Anträge formuliert. . Gemeinsam konnten wir die Kolpings Akademie halten, der SRH einen Standort in Riedlingen ermöglichen oder 9 Blocks für Flüchtlinge in der Eichenau verhindern, die jetzt leer stehen würden.

Gemeinsam haben wir Beschlüsse rund um das Medizinische Versorgungszentrum in Riedlingen gefasst und gemeinsam konnten wir auf Augenhöhe viele kritische Themen angehen und Lösungen erarbeiten.

Gemeinsam haben wir mehrfach versucht mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Mehrfach haben wir Sie – auch in Einzelgesprächen darauf aufmerksam gemacht, was wir unter „gemeinsam schafft man mehr“ versteht.

Herr Schafft – ein 2. Hofbieber hat Riedlingen nicht verdient. Überdenken Sie Ihre Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt.

Dorothea Kraus-Kieferle

[Text eingeben]

## Anträge der WiR:

1. Einstellen von Mitteln für Baukosten zur Erstellung des Medizinischen Versorgungszentrum in Riedlingen bzw. Einlage in die Projektgesellschaft in 2020 bis 2023 von Euro 1.5 Mio .
2. Ausweisen und Erschließen eines neuen Bebauungsgebietes in Riedlingen.
3. Vor Umsetzung des Facility-Managements, prüfen ob ggf. durch eine effizientere Auslastung der Gebäude, ggf. Gebäude veräußert werden können.
4. Um Zuschüsse rechtzeitig anzumelden, sollen die zukünftigen Haushaltspläne im alten Jahr eingebracht werden.

11.2.2019